

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Leitlinien für die Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1984) : Leitlinien für die Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 8, pp. 364-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135945>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Dietrich Keschull

Leitlinien für die Entwicklungshilfe

Die deutsche Entwicklungspolitik kann einen Rekord melden: Nach dem jetzt veröffentlichten entwicklungspolitischen Jahresbericht wurden im vergangenen Jahr 8,12 Mrd. DM als öffentliche Leistungen für die Unterstützung der Dritten Welt bereitgestellt. Die Bundesrepublik ist damit nach den USA und Japan der größte Geber von Entwicklungshilfe. Der Gesamtbeitrag entspricht 0,49 % unseres Bruttosozialprodukts. Er liegt erheblich über dem Durchschnitt der OECD-Staaten.

Die allgemeine Genugtuung über dieses Ergebnis ist durchaus verständlich. Zum Jubel besteht allerdings kein Anlaß. Denn trotz ihres bisher besten Ergebnisses bleibt die öffentliche deutsche Hilfe noch weit von dem auch von der Bundesregierung anerkannten Ziel entfernt, mindestens 0,7 % des Sozialprodukts in Form öffentlicher Leistungen aufzubringen. Da 1983 parallel zu den erhöhten Ausgaben die in den nächsten Jahren wirksam werdenden Verpflichtungen deutlich zurückgenommen wurden, dürfte das 0,7-%-Ziel bald wieder in weitere Ferne rücken.

Um so mehr kommt es deshalb

darauf an, die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes zu verbessern. Als Maßstab für die Effizienz gilt dabei der Nutzen im Entwicklungsland. Seit einem Jahrzehnt herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß nach sozialen und ökonomischen Kriterien der Nutzen der eingesetzten Mittel bei den Ärmsten am höchsten ist. Auch die jetzige Regierung ist offensichtlich dieser Auffassung. Sie vergibt tendenziell eher nach bewährten Konzepten, als daß sie Wendemanöver ausführt. Die Konzentration der Hilfe auf die ärmsten Länder und besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen hat absolut und prozentual zugenommen. Die Deckung von Grundbedürfnissen behielt trotz der Unkenrufe vorschneller Kritiker ihre Priorität und hat sogar noch an Bedeutung gewonnen. Wenn es auch immer schwieriger wird, komplexe Projekte eindeutig entwicklungspolitischen Schwerpunkten zuzuordnen, so spricht doch vieles für die Beibehaltung von Armuts- und Grundbedürfnisorientierung und das Bemühen um Qualitätsverbesserung.

Anders ist dies jedoch bei den Versuchen, Eigeninteressen und Entwicklungspolitik zu kombinieren. Auch dieses Vorgehen ist nicht grundsätzlich neu. Denn über die Möglichkeit, mit Entwicklungshilfe z. B. die Beschäftigungslage bei uns positiv zu beeinflussen, wurde schon immer nachgedacht. Die jetzige Regierung sagt das nur deutlicher und benutzt die Instrumente der Mischfinanzierung und der begrenzten Lieferbindung etwas offener als ihre Vorgänger. Sie kann es nicht zuletzt deshalb, weil diese Art der Verknüpfung von Entwicklungspolitik und nationalen wirtschaftlichen Interessen mittlerweile international Usus geworden ist. Daß dabei wegen der Beschränkung des internationalen Wettbewerbs Entwicklungsmittel weniger wirksam eingesetzt werden, ist aber mit der angestrebten Qualitätsverbesserung der Entwicklungszu-

sammenarbeit nicht in Einklang zu bringen.

Irritationen ergeben sich auch, weil die Regierung im Zusammenhang mit der angestrebten höheren Effizienz der Hilfe zunehmend das Kriterium der Eigenleistungen von Entwicklungsländern in den Vordergrund rückt. Danach sollen künftig Mittel vornehmlich in solche Länder vergeben werden, in denen die erforderlichen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für erfolgversprechende Entwicklung bestehen oder geschaffen werden, und die damit selbst in hohem Maße Ressourcen mobilisieren.

Ein solches Vorgehen erscheint durchaus wünschenswert. Probleme ergeben sich allerdings schon bei der Definierung des Eigenleistungsbegriffs. Bisher gehen die Auffassungen offensichtlich weit auseinander. Versteht die eine Gruppe unter Eigenleistungen die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, so sehen andere sie vor allem in der Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen, in der Durchführung von Geburtenkontrollprogrammen, der Beseitigung von Preisverzerrungen oder in sozialen Reformen. Ungeklärt ist auch das Verhältnis von Grundbedürfnisorientierung zu Eigenleistungen. Die Anwendung beider Vergabekriterien in der Entwicklungshilfe dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit zu erheblichen Konflikten führen.

Eine der Hauptaufgaben der künftigen Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit muß deshalb darin bestehen, hier so schnell wie möglich deutliche Vorstellungen und Leitlinien zu entwickeln und sie in den Dialog mit den Entwicklungsländern einzubringen. Dabei sollte neben einer intensiven Länderplanung insbesondere die einheitliche Handhabung durch alle Verantwortlichen gewährleistet sein, wenn höhere Effizienz kein Schlagwort bleiben soll.